

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Claudia Köhler

Abg. Josef Zellmeier

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Harald Güller

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Markus Plenk

Abg. Michael Hofmann

Abg. Raimund Swoboda

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 a** auf:

### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

#### **Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (2.**

#### **Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - 2. NHG 2020) (Drs. 18/7140)**

#### **- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Ich erteile dazu dem Herrn Staatsminister der Finanzen, Herrn Kollegen Füracker, das Wort. Ihre Redezeit beträgt fünf Minuten. Bitte schön.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Lieber Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute meldet sich der Finanzminister auf dem Deck der Krisenbewältigung, obwohl er normalerweise im Maschinenraum der Krisenbewältigung sitzt. Das zeigt: Es ist ernst, nicht nur in medizinischer Hinsicht. Beim Finanzminister geht es, wie zu vermuten ist, ums Geld.

Bei meiner Schlussrede vor vier Wochen habe ich gesagt, dass es um viel Geld gehe. 10 Milliarden Euro sind eine riesige Summe. Ich habe extra noch einmal im Protokoll nachgeschaut. Ich habe gesagt: Niemand auf der Welt kann sagen, ob und wie lange diese 10 Milliarden Euro reichen werden. – Damals habe ich sogar die Frage hinzugefügt, ob dieser Betrag nicht in ein paar Wochen schon als lächerlicher Betrag betrachtet werden könnte, obwohl das sehr viel Geld ist.

Meine Damen und Herren, leider habe ich recht behalten. Vier Wochen später habe ich den 2. Nachtragshaushalt hier eingebracht, um den Pandemiefolgen Herr zu werden. Dieser Haushalt enthält alle Maßnahmen, die wir uns in Bayern vorgenommen haben und die bisher alle sehr einvernehmlich getragen wurden, wofür ich ausdrücklich danke. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Zusammenhalt auch weiter bestehen könnte; denn es ist nicht so, dass wir Grundsatzprobleme hätten. Unterschiedliche Auffassungen gibt es nur bei bestimmten Themen oder in Nuancen, zum Beispiel dahin gehend, wo und in welcher Höhe eine Hilfsmaßnahme angebracht wäre. Alle

Maßnahmen, die heute vom Ministerpräsidenten angekündigt wurden, werden mit dem Haushaltstitel 13 19 umgesetzt werden.

Die gemeinsam getragene Verantwortung hat bisher dazu geführt, dass wir auch in finanzieller Hinsicht ordentlich durch die Krise gekommen sind. All die Maßnahmen, die wir uns vorgenommen haben, können vernünftig umgesetzt werden. Dies war möglich, weil wir uns entschlossen haben, die Schuldenbremse temporär auszusetzen und uns Geld am Kapitalmarkt zu besorgen. Damit haben wir bereits begonnen. Wir haben von den ersten 10 Milliarden Euro, die nach der Ermächtigung durch den Landtag ausgegeben werden dürfen, bereits einen Teil verplant. Darauf komme ich noch kurz zu sprechen.

Im Vergleich zu dem Zeitpunkt vor vier Wochen hat sich einiges ganz gravierend verändert: Wir haben riesige Steuerausfälle, insbesondere durch die Maßnahmen der Steuerstundung, der Herabsetzung der Vorauszahlungen und der Erstattung der Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung. Der Ministerpräsident sprach von 3,4 Milliarden Euro. Das ist der Stand heute. Leider wird es jeden Tag mehr. Der Bundesfinanzminister geht in seiner Kalkulation nach wie vor davon aus, dass die Steuereinnahmen in Deutschland um etwa 10 % sinken werden. Ich gehe davon aus, dass es für Bayern rund 5 Milliarden Euro weniger werden. Da aber bereits 3,4 Milliarden Euro durch Stundungen oder die Herabsetzung von Vorauszahlungen ausgefallen sind, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Ausfälle am Ende auf mehr als 5 Milliarden Euro belaufen könnten, durchaus gegeben.

Durch den Sonderfonds haben wir bislang die Handlungsfähigkeit garantiert. Mit Stand 7. April haben wir bereits 7,2 Milliarden Euro belegt. Hinzu kommen die angenommenen Steuerausfälle in Höhe von rund 5 Milliarden Euro. Das bedeutet, wir sind bereits bei über 10 Milliarden Euro angekommen. Die einzelnen Ressorts müssen gegenüber dem Haushaltsausschuss Rechenschaft ablegen, wie sie das Geld ausgeben.

Ich selbst habe erst vor Kurzem eine Videoschalte mit Vertretern der Opposition und der Koalition gehabt, bei der wir uns über diese Fragen ausgetauscht haben. Wir brauchen auch weiterhin Spielraum. Meine Damen und Herren, auch heute gilt: Niemand weiß, wie viel Geld am Ende notwendig sein wird. Ich sage ausdrücklich nicht, dass das Geld reicht oder am Schluss etwas übrig bleiben wird. Ich sage nur, dass im Mai die nächste Steuerschätzung kommen wird. Wir können uns dann an dem orientieren, was uns die Steuerschätzer auf den Tisch legen werden. Wir müssen dann zusammenlegen, welche Maßnahmen wir in Bayern noch vorhaben und welche gesetzlichen Leistungen bezahlt werden müssen. Möglicherweise müssen wir dann noch einmal entsprechend reagieren. Im Moment glaube ich, dass wir mit der vorgesehenen Summe die weiteren Schritte gut gehen können.

Wir haben uns entschlossen, im Haushalt keine Kürzungen vorzunehmen. Wir investieren weiter. Die zugesagten Leistungen werden weiterhin ausgereicht. Die Kommunen werden signifikant unterstützt. Deshalb bitte ich Sie darum, uns heute die Zustimmung für diesen Nachtragshaushalt im Umfang von 10 Milliarden Euro zu geben.

Meine Damen und Herren, heute ist kein Freudentag des Finanzministers, sondern er sendet vielmehr den Ruf aus dem Maschinenraum, dass wir weiterhin zusammen kämpfen. Zusätzliche Eile ist entstanden, weil die vom Herrn Ministerpräsidenten heute schon dargestellten Möglichkeiten, Kredite über die LfA großzügiger auszureichen, natürlich Rückbürgschaften des Staates gegenüber der LfA bedingen. Wir haben am Freitag vor 14 Tagen die Zustimmung der Europäischen Union bekommen, dass Kredite zu 100 % gesichert ausgereicht werden dürfen. Der Bund tut das für Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitern. Wir haben uns entschlossen, in Bayern dieses Angebot auch für die kleineren Unternehmen zu machen. Eine hundertprozentige Kreditbesicherung enthält natürlich ein hohes theoretisches Ausfallrisiko. Deswegen ist die Rückbesicherung für unsere LfA ganz entscheidend. Wir sehen vor, dass die LfA in Zukunft mit 12 Milliarden Euro besichert wird, damit wir die Kleinkredite rasch

ausreichen können. Dazu wird es morgen im Haushaltsausschuss noch Änderungsanträge geben.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herr Staatsminister, leider gibt es auch bei Ihrer Redezeit rote Zahlen.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Hier kommt es auf Geschwindigkeit an. Wir können die Regelung nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausschieben. Wenn wir die Kleinkredite ausreichen wollen, müssen wir damit beginnen. Deshalb brauchen wir jetzt schnell diesen Nachtragshaushalt. Ich danke Ihnen und bitte um Zustimmung. Ich bin morgen gerne im Haushaltsausschuss, um die Details zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich beim Herrn Staatsminister. Ich wollte ihn in seinen Ausführungen nicht unterbrechen, richte aber nun ein klares Wort an den Abgeordneten Swoboda. Die räumliche Nähe zu Ihrem Gesprächspartner ist absolut nicht angebracht. Das Ganze hat alles andere als Vorbildwirkung. Wenn Sie bitte auf Ihren Platz gehen möchten!

(Unruhe)

– Ist geklärt! – Ich darf die Abgeordnete Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Claudia Köhler (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister! Es ist gerade einmal vier Wochen her, dass wir hier 10 Milliarden Euro an Soforthilfe beschlossen haben. Das waren Soforthilfen für die Bekämpfung der Corona-Pandemie und Soforthilfen für einen Schutzschirm für unsere bayerische Wirtschaft. Die gesamte Opposition hat Ihnen einen enormen Vertrauensvorschuss gegeben. Wir alle haben sowohl bei den Freiheitsrechten als auch bei den Ausgaben einstimmig zugestimmt.

Heute geht es um weitere 10 Milliarden Euro. Meine Herren, dieser 2. Nachtragshaushalt geht damit sowohl über die ursprüngliche Summe als auch über den Vertrauensvorschuss hinaus.

Sehr geehrter Herr Finanzminister – es ist sehr schade, dass der Wirtschaftsminister, der heute so viel Geld ausgeben will, nicht mehr da ist –, ich habe in der heutigen Regierungserklärung zum ersten Mal Zahlen zum Abfluss und zur konkreten Verwendung der Mittel gehört. Vorgegangen war eine Überlegung, die Ausschüsse gar nicht oder nur knapp einzubinden. Nur durch das heutige Sonderplenum wurde noch eine ordentliche Ausschussbesprechung ermöglicht.

Es ist aber bei solch massiven Ausgaben, die noch Generationen belasten werden, geradezu unabdingbar, dass Sie nicht alles alleine und schnell, schnell entscheiden und dem Parlament erst im Nachhinein per Regierungserklärung Eckpunkte mitteilen. Bei allem Verständnis für die Ausnahmesituation und den Zeitdruck, unter dem Sie stehen: Debatten müssen weiterhin transparent geführt und Entscheidungen transparent getroffen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insofern danke ich dem Ministerpräsidenten für die heutige Regierungserklärung. Ich sage Ihnen jedoch sowohl als Oppositionsvertreterin als auch als Haushälterin: Bevor weiteres Geld in Milliardenhöhe beantragt wurde, hätten Sie schon längst einen zeitnahen Bericht an die Ausschüsse und das Parlament geben müssen, wofür das Steuergeld täglich rausgeht. Über so viele Milliarden an Steuergeld zu berichten, stellt keine Hol-, sondern eine Bringschuld dar.

Wir hätten auch gerne im Vorhinein eine Aufstellung gehabt, wofür die zweiten 10 Milliarden Euro benötigt werden, die Sie einfach als Block in den Nachtragshaushalt geschrieben haben. – Der Ausschuss ist nicht erst auf unsere Schriftliche Anfrage hin, sondern engmaschig und regelmäßig durch die Ressorts zu unterrichten. Das steht mehr als deutlich im Haushaltsvermerk des Nachtragshaushaltsgesetzes.

Ja, Sie haben nachgebessert. – Gut so! Sie haben Anregungen und konstruktive Vorschläge von uns angenommen. – Das freut uns! Die Pflegekräfte bekommen nun nicht nur ein Essen, sondern echtes Geld als Zulage. Unsere Fraktion wird hier dranbleiben, damit die immer systemrelevante Arbeit der Pflegekräfte auch zukünftig angemessen bezahlt und wertgeschätzt wird.

Sie haben nach unserem offenen Brief auch einen Teil der gemeinnützigen Institutionen unter den Schutzschirm geholt. Sie haben endlich bei den Gärtnereien eingelenkt und haben für die kleinen Unternehmen einen Weg geschaffen, um vorerst leichter an Kredite zu kommen. Sie haben heute angekündigt, endlich die geforderte einheitliche Regelung zur Beitragserstattung in Kindergärten zu schaffen. – Für alle von uns aufgenommenen Anträge: Danke!

Ich zweifle allerdings noch daran, dass eine Senkung der Mehrwertsteuer etwas zur Existenzsicherung der vielen kleinen Betriebe in der Gastronomie, die ja jetzt gar keinen Umsatz haben, beitragen wird.

Wir brauchen natürlich weitere Nachbesserungen. Wir haben sie bereits beantragt. Bei 20 Milliarden Euro sollten die auch drin sein. Wir brauchen endlich auch für alle Apotheken, alle Rettungskräfte und Seniorenheime Geld für viel mehr Schutzmaterial. Es ist ja peinlich, diese immer noch dazu aufzurufen, selbst zu nähen.

Der Minister ist jetzt nicht mehr da. – Beim Online Homeschooling muss sichergestellt sein, dass alle Schülerinnen und Schüler Zugangsmöglichkeiten zu Endgeräten haben. Die Schulen und Gemeinden sollen jetzt innerhalb von zehn Tagen zigtausende Masken für den Schulbeginn besorgen. – Wie stellt sich der Bildungsminister das vor?

Wir brauchen für die Unterstützung von Obdachlosen dezentrale Räume und Vorsorge, damit Belegungsdichte und Ansteckungsgefahr minimiert werden. Machen wir die Augen nicht zu: Ausgangsbeschränkungen steigern das Risiko für Konflikte und häusliche Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche. Wir brauchen also dringend fi-

nanzielle und organisatorische Hilfe für mehr Plätze in Frauenhäusern oder anderen geschützten Räumen.

Meine Damen und Herren, gerade jetzt bedarf es für gute, verlässliche und vielfältige Informationen einer Stärkung von journalistischen Angeboten.

Sie – bzw. der Ministerpräsident – haben es vorhin zwar angekündigt, es muss sich aber auch im Nachtragshaushalt abbilden: Auch unsere gemeinnützigen Einrichtungen, die Träger der Kinder- und Jugendhilfe und unsere sozialen Dienste brauchen noch Hilfe. Was wäre es für ein gesellschaftliches Zeichen, wenn wir die, die schon vorher gemeinnützig und ohne Profitorientierung unterwegs waren, jetzt hängen lassen würden!

Ich hoffe, wir sind uns einig, dass unsere Kommunen dringend Unterstützung brauchen. Die Kommunen handeln beim Aufbau von Test- und Quarantänestationen, bei der Desinfektion von Schulräumen und Kindergärten effektiv und schnell vor Ort. Sie brauchen aber dringend Geld, um handlungsfähig zu bleiben, weil ihnen ja parallel die Einnahmen aus Einkommen- und Gewerbesteuer wegbrechen.

Mit unserem Haushaltsantrag haben wir den Vorschlag einer außerplanmäßigen Unterstützung auf den Tisch gelegt. Wir schlagen vor, von den 20 Milliarden Euro mindestens 1 Milliarde Euro als Sonderschlüsselzuweisung zu verwenden. Das muss sich an den konkreten Steuereinbrüchen orientieren und nach dem Vergleich der Steuerkraftmesszahlen verteilt werden. Dann bleibt das gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich wollte ich noch ein Wort an den Minister Aiwanger richten. Es ist schade, dass er, da wir über die Hilfen für die Unternehmen diskutieren, nicht gekommen ist. Vielleicht kann es ihm jemand ausrichten.

(Zuruf)



– Ich sehe ihn nicht.

Es gibt genügend Menschen um ihn herum, die Expertise haben. Ich bitte Sie dringend, mit diesen Akteuren und Akteurinnen zu reden und das vorhandene Wissen im Ministerium auch zu nutzen.

Bitte verlieren Sie trotz aller Eile nicht die langfristige Wirkung aus dem Blick! Subventionieren Sie ressourcenschonende Kreisläufe und nachhaltige Mobilitätsformen! Zeigen Sie bei der Energiewende endlich Technologieoffenheit! Handeln Sie angesichts unserer globalen Herausforderungen diesmal vorausschauend!

Alle jetzt getätigten Investitionen und Programme müssen nachhaltig ausgerichtet sein. Sonst ist später ein noch teureres Umsteuern nötig. Das werden wir uns dann nicht mehr leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss noch eine Frage an alle. Bitte Hand aufs Herz: Verstehen Sie jetzt, wie unsinnig es war, Krankenhäuser zu privatisieren? Verstehen Sie jetzt, welche Fehlsteuerungen die Krankenhausfallpauschalen bewirkt haben und wie wahnsinnig viel Geld im Gesundheitswesen privatwirtschaftlich verwaltet wird? Sehen Sie, wie wichtig es gewesen wäre, den Schulen mehr Geld für pädagogisch-digitale Konzepte oder für Fortbildungen zur Verfügung zu stellen? – Konzepte und Fortbildungen hätten in der Krise für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt. Sehen Sie, wie lahm das Internet stellenweise ist, wenn wir alle im Homeoffice darauf zugreifen wollen? All diese Themen haben wir jahrzehntelang konstruktiv eingebracht und mit Ihnen darüber gestritten. Sie haben die Vorschläge jedes Mal abgelehnt. Ich appelliere an Sie: Führen Sie in den nächsten Tagen keine Scheindebatte, lassen Sie uns zusammenarbeiten, erörtern Sie die Anträge der Opposition ernsthaft, lassen Sie uns gemeinsam zu sinnvollen Nachsteuerungen kommen. Die Gesellschaft steht in der Corona-Krise zusammen – ein Beispiel für den Landtag. Wir sind dazu bereit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich bei Frau Köhler. – Als nächsten Redner darf ich den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Josef Zellmeier, aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege Zellmeier.

**Josef Zellmeier (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viel ist bereits gesagt worden zu diesem Krisenjahr, zu den Ereignissen, die uns so plötzlich eingeholt und überrascht haben, und zu den vielen Maßnahmen, die die Bayerische Staatsregierung konsequent, schnell – schneller als andere –, effizient und nachhaltig – liebe Kollegin Köhler – eingeleitet hat. Bayern ist Vorbild für andere. Dass unser Ministerpräsident eine derart hervorragende Stellung in der öffentlichen Bewertung genießt, liegt auch an den vorausschauenden, nachhaltigen und die langfristigen Konsequenzen bedenkenden Maßnahmen. Unserem Ministerpräsidenten und der ganzen Staatsregierung gilt mein Dank für diese hervorragende Arbeit. Lieber Albert Füracker, dir gilt ebenfalls Dank für den 2. Nachtragshaushalt, den du vorgelegt hast. Finanziell gut aufgestellt zu sein, ist ebenfalls wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Nachtragshaushalt ist transparent. Wir werden übrigens auch vonseiten der Regierungsfaktionen noch einmal nachsteuern. Wir werden die notwendigen Schritte und Maßnahmen einleiten.

Frau Kollegin Köhler – diese Anmerkung kann ich Ihnen leider nicht ersparen –, Sie sprechen von Dingen wie der Privatisierung von Krankenhäusern und dem Fehlen des schnellen Internets. Sie liegen völlig falsch. Bayern ist trotz seiner enormen Fläche Vorreiter in Deutschland und Europa. Diese Vorhaltungen sind mehr als lächerlich. Sie wissen doch auch, dass wir gerade die kleinen Krankenhäuser im ländlichen Raum stärker stützen als andere. Das sollten wir an dieser Stelle eigentlich nicht diskutieren müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Dank gilt auch den Menschen, die draußen an verschiedenen Stellen dazu beitragen, dass das System am Laufen bleibt. Ich nenne

niemanden persönlich, da bereits alle bedacht worden sind. Ich komme aber jetzt zu einzelnen Maßnahmen, die notwendig sind und gleichzeitig viel Geld kosten werden.

Die Verpflegung des Personals in Krankenhäusern und in der Altenpflege wurde bereits genannt. Auch der Bonus im Gesundheits- und Pflegebereich kostet Geld. Für die Verpflegung ist mit 432 Millionen Euro, für den Bonus mit 122 Millionen Euro zu rechnen. Zusammen ergibt das eine halbe Milliarde Euro. Die Materialbeschaffung wird mit rund 2 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Diese Summe wurde dem Gesundheitsministerium zugewiesen. Aus diesem Grund sind die weiteren 10 Milliarden Euro notwendig. Dabei handelt es sich um eine Kreditermächtigung. Die Finanzmittel werden nicht zwingend ausgegeben, wenn sie nicht gebraucht werden. Wenn die Mittel nicht benötigt werden, dann sind wir natürlich froh darüber. Der Finanzminister wird der Letzte sein, der unnötig Geld ausgibt. Lieber Finanzminister, der Haushaltsausschuss wird darüber wachen, dass kein Geld unnötig ausgegeben wird. Aber wir brauchen die Ermächtigung, um schnell und konsequent handeln zu können. Hierüber sind sich die beiden Regierungsfractionen einig. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wie beim 1. Nachtragshaushalt auch zuzustimmen. Bayern braucht die Mittel. Die Regierungsseite möchte sich nicht damit schmücken, sondern wir müssen handlungsfähig sein.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind absehbar. Die Bundesbank spricht von einer ausgeprägten Rezession. Neben dem inländischen Rückgang der Nachfrage nach Dienstleistungen wird vermutlich auch im Ausland die Nachfrage nach deutschen Produkten sinken. Aktuell ist die Aufrechterhaltung der Lieferketten ein Problem. Das ifo Institut prognostiziert ein Schrumpfen der Wirtschaft zwischen 7,2 und 20,6 Prozentpunkten. In diesen Bereichen besteht großer Handlungsbedarf. Allein 725.000 Betriebe haben in Deutschland bereits Kurzarbeit angemeldet. Diese Zahl steigt von Woche zu Woche.

Nach einer Umfrage des "Handelsblatts" werden rund 76 % der Unternehmer und Selbstständigen noch mehr Hilfe als schon jetzt benötigen. Dafür dient die Krediter-

mächtigung. Wir müssen handeln können. Das soll natürlich sinnvoll und nur dort geschehen, wo Hilfe notwendig ist, und sonst nirgendwo. Darüber hinaus wurde die Soforthilfe verstärkt. Ich möchte an die Landwirtschaft, Gärtnereien, gemeinnützige Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Jugendherbergen, Schullandheime, Künstler – diese sind heute angesprochen worden –, Kindertagesstätten und viele mehr erinnern. Lieber Thomas Kreuzer, über den bei den Volksfestbeschickern, wie den Schaustellern und Marktkaufleuten, vorhandenen Bedarf müssen wir noch diskutieren.

Ich komme nun zu den Steuerstundungen. Das ist zum Beispiel der Verzicht auf die Sondervorauszahlungen bei der Umsatzsteuer. Wir werden es mit einem Ausmaß an Steuereinbrüchen zu tun bekommen, das vermutlich höher als nur die prognostizierten 10 % bzw. 5 Milliarden Euro liegt. Dafür müssen wir gewappnet sein. Der Freistaat muss liquide sein. Wir müssen schnell und effizient reagieren und handeln können. Natürlich werden wir etwas mehr wissen, wenn die Steuerschätzung Mitte Mai vorliegt. Doch bis dahin wollen und können wir nicht abwarten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sonderfonds Corona-Pandemie wird von 10 auf 20 Milliarden Euro aufgestockt. Das muss ich nicht noch einmal ausführen. Der Gesamthaushalt steigt damit auf 80,5 Milliarden Euro. Dieses Allzeithoch haben wir uns so nicht gewünscht. Wir hoffen, dass die Mittel nicht komplett benötigt werden. Wir wissen aber alle, dass es besser ist, den sicheren Weg zu wählen. Im Nachhinein kann dann festgestellt werden, dass die Mittel nicht komplett benötigt wurden. Der umgekehrte Fall, wonach wir das Geld brauchen, dieses aber nicht zur rechten Zeit zur Verfügung steht, wäre schlimmer. Der Finanzminister hat mit seinem ganzen Haus – dem ich für die Vorbereitung danke – in kürzester Zeit hervorragende Arbeit geleistet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wenn die Beratungen zügig voranschreiten, da innerhalb einer Woche die Erste und Zweite Lesung sowie Ausschussberatungen stattfinden, kann das Parlament unter Beweis stellen, dass es qualitativ hochwertig diskutieren und qualitativ hochwertige Änderungsanträge einbringen kann – bei der LfA zum Beispiel werden die Mittel um 10 Milliarden Euro aufgestockt. Das

Parlament ist leistungsfähig. Das beweisen wir in dieser Woche. Ich appelliere an die Opposition, mit uns gemeinsam zu gehen. Natürlich gibt es unterschiedliche Akzente. Dennoch sollte das Parlament in dieser Woche möglichst gemeinsam die Spielräume schaffen, die wir in Bayern brauchen, um unter anderem die Wirtschaft und das soziale Leben aufrechtzuerhalten und in Zukunft stark weiterzuführen.

Bei den letzten Debatten habe ich bereits gesagt, dass wir eine Ausnahme von der Schuldenbremse brauchen. Das möchte ich nicht vertiefen. Natürlich muss auch ein Tilgungsplan vorliegen, das ist klar. Ab dem Jahr 2024 muss jedes Jahr ein Zwanzigstel an Tilgung geleistet werden. Das entspricht einem stolzen Betrag von einer Milliarde Euro, sofern die 20 Milliarden Euro ausgeschöpft werden. Daran können Sie erkennen, dass der 2. Nachtragshaushalt keine Buchung in einer fernen Zukunft ist, sondern dass wir in wenigen Jahren über die Rückführung dieser Kredite diskutieren und diese angehen werden.

Die Corona-Bonds, die auf europäischer Ebene diskutiert werden, lehnen wir konsequent ab. Damit unterscheiden wir uns von der linken Seite dieses Hauses. Handeln und Haftung sollen nicht getrennt werden. Das möchte ich an dieser Stelle betonen, auch wenn das über die Kompetenzen des Bayerischen Landtags hinausgeht. Wir wollen, dass jeder für seine eigenen Schulden einsteht. In Bayern liegt die beste Situation vor, da wir in der Vergangenheit gut gehaushaltet haben. Wir haben immer darauf geachtet, nicht zu viele Schulden aufzubauen, und haben frühzeitig begonnen, die vorhandenen Altschulden abzubauen. Deshalb sind wir leistungsfähig. Das soll auch so bleiben. Wir wollen keine Vergemeinschaftung von Schulden. Derjenige, der Fehler macht, soll dafür einstehen. Derjenige, der es gut macht, soll davon profitieren. Das muss auch in Zukunft so bleiben.

Im Ausschuss ist jetzt konsequentes Handeln notwendig. Auch wenn wir nicht sehr viel Zeit haben, werden wir uns morgen die Zeit für eine ausführliche Diskussion nehmen. Wir werden alle Aspekte, auch die Änderungen, die wir einbringen, ausreichend diskutieren. Der BayernFonds wird später noch Thema sein. Da bekommen Sie mit Si-

cherheit den Einblick. Ich biete Ihnen an, dass wir schon vorab darüber reden, gerne auch heute, was wir hier an Veränderungen planen, damit das Parlament eingebunden ist und damit der Durchgriff des Rechnungshofs entsprechend gewahrt ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte, dass wir konsequent und zügig beraten und dann in der Zweiten Lesung am Freitag entsprechende Beschlüsse fassen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke, Herr Zellmeier. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Der Abgeordnete Bergmüller von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Bergmüller, bitte.

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Zellmeier, als Haushaltsausschussvorsitzender vertreten Sie die Regierungsmeinung ziemlich deutlich. Ich frage Sie erstens: Wenn wir hier am 25.03. den 1. Nachtragshaushalt beschlossen haben und ich als Fraktionssprecher und langjähriger Gemeinderat bei uns in der Gemeinde am 24.03. die Haushaltsberatungen gestoppt habe, weil wir gewaltige Steuerausfälle befürchten, dann frage ich mich, wie es eigentlich dazu kommen kann, dass man diese Steuerausfälle nicht kalkuliert hat. Ich frage Sie zweitens, wieso Sie eigentlich nicht dazu kommen, hier eine Haushaltssperre in Betracht zu ziehen bzw. eine zehnpromzentige lineare Kürzung. Das wäre doch auch eine Überlegung für Sie als Haushaltsausschussvorsitzender, um die Einnahmenseite gegenüber der Ausgabenseite entsprechend konkludent zu stellen.

**Josef Zellmeier (CSU):** Das lässt sich sehr kurz und knapp beantworten. Zum einen: Natürlich hat sich die Dynamik entsprechend verändert. Das heißt, vor vier Wochen hatten wir einen ganz anderen Kenntnisstand als heute. Die Konsequenz daraus sehen wir. Das ist an dieser Stelle wirklich nicht weiterer Ausführungen wert.

Zum anderen: Lineare Kürzungen und Haushaltssperren werden wir nicht machen; denn wir haben sehr viele Dinge, die am Laufen sind und die gut laufen. Die wollen wir

weiterlaufen lassen. Natürlich wird man für den nächsten Doppelhaushalt diskutieren, welche Konsequenzen die Corona-Krise für das weitere Haushaltsgebaren hat. Aber jetzt im laufenden Haushaltsjahr Dinge, die angestoßen sind und gut laufen, abrupt zu stoppen und damit vielleicht einen Abbruch herbeizuführen, der zu unkontrollierten Folgen führt, wäre der falsche Weg. Denken wir beim nächsten Doppelhaushalt darüber nach. Da sind wir richtig dran, aber nicht jetzt.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Ferdinand Mang (AfD):** Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um den von der Regierung geplanten 2. Nachtragshaushalt. Dieser sieht eine Aufstockung um weitere 10 Milliarden Euro vor. Zur Begründung wird angeführt, dass bereits 5 Milliarden Euro für Hilfsmaßnahmen für die Soforthilfe Corona belegt sind und weitere 5 Milliarden Euro durch die erwarteten Steuerausfälle gebunden sind. Damit ist der erst vor einem Monat geschaffene Sonderfonds in Höhe von 10 Milliarden Euro bereits völlig aufgezehrt. Zudem soll der Ermächtigungsrahmen zugunsten der LfA – der bayerischen Förderbank – von 500 Millionen Euro auf 2 Milliarden Euro angehoben werden. Jetzt erfahren wir heute, dass dieser Rahmen nun auf insgesamt 12 Milliarden Euro angehoben wird. Darüber werden wir morgen noch zu diskutieren haben.

Zu diskutieren sein wird auch darüber, was der Herr Staatsminister Füracker schon geäußert hat und was gerade eben hier in der Debatte war, nämlich dass keine Kürzungen vorgenommen wurden. Das muss ich gleich vorweg sagen: Es trifft bei uns auf ein ziemliches Unverständnis, dass jetzt ein 2. Nachtragshaushalt verabschiedet wird, ohne dass auch nur ansatzweise der Rotstift angesetzt wird. Wir hatten letztes Jahr einen Rekordhaushalt mit Rekordsteuereinnahmen. Nein, man hat nichts zurückge-

legt, sondern sogar die Rücklagen angegriffen und das selbst gesetzte Ziel der Schuldenreduzierung auf null verschoben. Daher hätte ich zumindest für den 2. Nachtragshaushalt erwartet, dass die Regierung von ihren Ministerien überprüfen lässt, wo man den Rotstift ansetzen kann. Wir brauchen jetzt zum Beispiel keine mit Solarzellen betriebenen Ladestationen an öffentlichen Gebäuden, damit der hofierte Tesla-Fahrer bequem auf dem Sonderparkplatz tanken kann.

(Beifall bei der AfD)

Schluss mit solchen Luxusausgaben! Denn eines sollte wohl für jeden klar sein: Ein "Weiter so!" ist nicht mehr finanzierbar. Die fetten Jahre für ideologiegetriebene Planwirtschaft sind definitiv vorbei.

Unehrlische Politik und lückenhafte Berichterstattung der Medien haben uns über viele Jahre hinweg eine Wohlstandsillusion vorgespiegelt; denn wir sind schon lange kein reiches Land mehr, sondern unsere Bevölkerung ist sogar im Vergleich zu Italien und Spanien geradezu verarmt. Das Medianvermögen der Deutschen liegt 2019 bei 35.000 Euro. Das heißt, 50 % der Bevölkerung haben ein geringeres Vermögen als 35.000 Euro. In Italien liegt es bei knapp 92.000 Euro, in Spanien bei 95.000 Euro. In diesen Ländern liegt das Medianvermögen also mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Selbst Griechenland hat mit 40.000 Euro ein höheres Medianvermögen. Aber Sie, verehrter Kollege, singen im Chor mit den Massenmedien das Hohelied, wonach Deutschland ein reiches Land sei.

(Beifall bei der AfD)

Gerade die verzweifelten Hilferufe und die riesige Nachfrage aus der Wirtschaft nach finanziellen Hilfen führen das vor Augen. Der Kollege Zellmeier hat selber die eindrucksvolle Zahl der 76 % der Unternehmen genannt, die Hilfe benötigen. Der Mittelstand ist mittlerweile so ausgezehrt, dass schon nach zwei Wochen Umsatzeinbruch viele Unternehmen um ihre Existenz bangen und auf Hilfe angewiesen sind. Jetzt offenbart sich die traurige Realität, dass das gefeierte Jobwunder, die bejubelte Export-



wirtschaft und der Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft, auf tönernen Füßen stehen. So musste die Regierung einräumen, dass der weitere Finanzbedarf für die Hilfsmaßnahmen sowie die zu erwartenden Steuerausfälle deutlich höher ausfallen als ursprünglich angenommen.

Zunächst gilt es festzuhalten, dass wir es mit zwei Krisen zu tun haben: einer medizinischen Krise, deren Ausmaß immer noch nicht abschließend geklärt ist, und einer wirtschaftlichen Krise. Zu der medizinischen Krise hat die Kollegin Ebner-Steiner schon ausgeführt. Jetzt komme ich auf die Wirtschaftskrise zu sprechen. Die nun an Fahrt aufnehmende Wirtschaftskrise beruht aber nicht allein auf dem Shutdown. Grund ist auch der jahrzehntelange Fokus auf eine Exportwirtschaft, die auf fragilen Lieferketten, Billiglohn und einem von Steuern und Auflagen ausgepressten Mittelstand beruht, garniert mit einer desaströsen Energiepolitik.

Die Lösung kann nur in einer Renationalisierung unserer Wirtschaft liegen, damit diese in Zukunft besser immun ist gegenüber globalen Verwerfungen und Abhängigkeiten.

(Beifall bei der AfD)

Eine solche Strategie der Revitalisierung unserer Wirtschaft lässt sich aus dem von der Regierung Söder vorgelegten Haushaltsplan leider nicht einmal im Ansatz entnehmen. Dabei gäbe es Möglichkeiten, wie wir zum Beispiel eine national autarke, insbesondere erdölunabhängige Energieversorgung aufbauen könnten. Wir haben bereits Vorschläge gemacht, die von Ihnen immer wieder abgelehnt wurden. Synthetische Kraftstoffe könnten in naher Zukunft unsere Verbrennungsmotoren antreiben. Diese synthetischen Kraftstoffe könnten wir mit kostengünstigen – Sie erraten es – Dual-Fluid-Reaktoren gewinnen, die mit unserem Atommüll ohne Gaurisiko betrieben werden. Wir wären mit unserer Energieversorgung de facto endlich national unabhängig. Um uns vor globalen Abhängigkeiten und Verwerfungen noch besser zu schützen, sollten wir unseren Fokus weg von einer Exportwirtschaft hin auf einen starken Bin-

nenmarkt richten. Ein starker Binnenmarkt wäre auch der Königsweg, um aus der Billiglohnspirale auszubrechen, in die uns die Globalisierung getrieben hat. Um als Exportnation wettbewerbsfähig zu bleiben, hat sich das Lohnniveau mit Billigung der Politik stetig gesenkt. Von den Exportüberschüssen haben die internationalen Konzerne profitiert, aber nicht der deutsche Angestellte und Arbeiter.

(Beifall bei der AfD)

Das Coronavirus ist also nicht die Ursache für die wirtschaftliche Krise, sondern deren Auslöser. Die Probleme liegen tiefer, sind struktureller Natur. Diese lassen sich allein mit Geld nicht beheben.

Meine Damen und Herren Kollegen, ich schließe daher meine Rede mit diesem Appell: Nutzen wir diese Krise, um notwendige Kurskorrekturen vorzunehmen für eine Renationalisierung unserer Wirtschaft; denn ein starker, florierender Binnenmarkt ist ein fester Grundpfeiler für den Wohlstand eines Volkes einer unabhängigen Nation.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN. Herr Pohl, Sie können noch einen Moment warten, bis das Mikrofon hergerichtet ist. – Herr Pohl, bitte schön.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass sich hier in diesem Hohen Hause und in der Staatsregierung viele Menschen ernsthafte und gute Gedanken darüber machen, wie wir durch diese Krise kommen. Deshalb möchte ich auch ganz herzlich dafür danken, dass wir diese Gesetze – mit verkürzten Beratungszeiten – noch in dieser Woche verabschieden können, weil das notwendig ist. Umso befremdeter bin ich von dem Redebeitrag, den ich gerade vernommen habe. Offenbar gibt es Kollegen in diesem Hause, die in dieser Krise Zeit haben, ernsthaft darüber nachzudenken, ob der Grieche oder der Italiener ein höheres Privatvermögen hat, und die

über eine Renationalisierung unserer Wirtschaft reden. Ich denke, Sie haben noch nie etwas von einem Exportüberschuss gehört. Oder wird der auch geleugnet? – Kann sein. Unsere Wirtschaft basiert aber doch gerade darauf, dass wir einen starken Export haben und dass wir mit anderen Ländern und Kontinenten Handel treiben.

Ich muss mich deshalb schon fragen, welche Schwerpunktsetzungen der eine oder andere hier in diesem Hause hat, wenn er dann die Frage stellt: Sollen wir einen Ausgabestopp verfügen? – Wir haben einen Patienten, der auf der Intensivstation liegt, Sie aber überlegen allen Ernstes, die Wirtschaft noch dadurch zu schädigen, dass wir jetzt eine Haushaltssperre und einen Ausgabestopp verfügen.

(Zuruf)

Oder wollen Sie jetzt vielleicht die Beamten nicht mehr bezahlen? Oder wie stellen Sie sich das vor?

Nun zurück zum 2. Nachtragshaushalt. Herr Staatsminister, das haben Sie sich wahrscheinlich auch nicht vorstellen können, als Sie Finanzminister wurden, dass Sie jemals in die Situation kommen würden, innerhalb weniger Wochen zwei Nachtragshaushalte mit einem derart gigantischen Volumen auflegen zu müssen. – Weitere 10 Milliarden Euro. Frau Kollegin Köhler, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht: Es ist natürlich nicht normal, einfach eine Position, 10 Milliarden Euro, dem Finanzminister als Ausgabeermächtigung zur Verfügung zu stellen. Das war es dann, ohne Differenzierung, was wir mit diesem Geld machen. Es bleibt uns aber nichts anderes übrig. Wir können jetzt noch nicht sagen, wofür wir was genau benötigen. Wir müssen in der Tat – was durchaus ein Stück weit systemwidrig ist – die Regierung ermächtigen, ganz, ganz viel Geld auszugeben, obwohl der Bayerische Landtag das Budgetrecht hat. Was aber wäre die Alternative? – Natürlich können wir alle zwei Wochen häppchenweise diesem Ministerium oder jenem Ministerium für diese oder jene Maßnahme Geld geben. Das Entscheidende ist aber doch, dass wir handlungsfähig sind, dass wir

schnell und effektiv die Unternehmen, die Menschen, die Gesellschaft durch diese Krise bringen.

So schrecklich diese Pandemie ist, ein paar Dinge sind doch auch positiv. In dieser Krise merken wir nämlich, was es heißt, eine leistungsfähige Wirtschaft zu haben, eine Wirtschaft, die unseren Wohlstand sichert, die damit auch die Basis für unsere freiheitliche Gesellschaft bildet. Ja, natürlich, was wollen wir mit einer Gesellschaft, die auf 50 % ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit zurückfällt? – Da wird es dann sehr schnell auch mit den Freiheitsrechten problematisch werden. Viele Freiheitsrechte kann man nämlich nur dann effektiv nutzen, wenn man die ökonomischen Grundlagen dafür hat. Um nun eine ökonomische Katastrophe zu verhindern, müssen wir jetzt die notwendigen Mittel bereitstellen.

Die medizinische und die ökonomische Katastrophe zu verhindern, Bayern gut durch diese Krise zu bringen, das ist unsere gemeinsame Aufgabe. Deswegen werden wir diesen Nachtragshaushalt aufsetzen, deswegen werden wir der Regierung die Ermächtigung geben. Das werden wir natürlich mit parlamentarischer Kontrolle tun, das ist überhaupt keine Frage. Das müssen wir selbstverständlich auch eng begleiten. Zunächst einmal müssen wir aber das Geld zur Verfügung stellen, um die Strukturen, die Millionen von Menschen, unsere Väter, unsere Großväter und unsere Großmütter nach dem Krieg aufgebaut haben, nicht nachhaltig zu gefährden. Ob wir dann am Ende stärker oder schwächer oder wie auch immer aus dieser Krise herauskommen, das ist weit, weit weg. Jetzt müssen wir erst einmal schauen, dass wir so gut wie möglich durch diese Krise kommen. Dafür müssen wir zusammen alles tun, damit wir das auch schaffen.

Dabei liegt ein großer Schwerpunkt auf der Wirtschaft. Ich danke deshalb unserem Wirtschaftsminister, der nicht nur tagtäglich emsig unterwegs ist und sich dafür starkmacht, dass unsere in Medizinprodukten starke Wirtschaft das Ihre zur Krisenbewältigung beiträgt, sondern der sich darüber hinaus täglich bemüht, die Existenz der großen und der kleinen Unternehmen zu sichern, die alle die Basis für den Wohlstand in

unserem Freistaat Bayern legen. Das beginnt bei den Gastronomen und den Schauspielern, die heute angesprochen wurden, und führt über die Handwerksbetriebe – dazu zählen auch Dienstleister wie die Friseure – bis hin zu den Großkonzernen, die wir Gott sei Dank hier in Bayern auch haben. Es ist der Mix, der uns hier in Bayern ausmacht, und er reicht von großen Automobilkonzernen bis hin zum Einmannbetrieb. Sie alle müssen wir gut durch diese Krise bringen. Dafür legen wir heute eine weitere finanzielle Grundlage.

Ich weiß, dass der Finanzminister mit seinem Haus die Dinge gut durchgerechnet hat. Das heißt, wir werden jetzt nicht auf Sicht fahren und in zwei oder drei Wochen mit dem dritten Nachtragshaushalt zu Ihnen kommen. Die Zahlen sind solide gerechnet. Wir werden damit durch die nächsten Monate kommen. Irgendwann im Herbst werden wir natürlich einen Kassensturz machen müssen. Dann werden wir vielleicht auch etwas besser feinjustieren können. Frau Kollegin Köhler, das möchte ich nicht ausschließen. Was wir aber jetzt zu leisten haben, das ist, der Kreditermächtigung, der Ermächtigung für 10 Milliarden Euro zuzustimmen, um der Regierung und dem Parlament die notwendige Handlungsfreiheit zu geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat Herr Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

**Harald Güller (SPD):** Herr Präsident, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! Fast genau vor einem Monat, am 19. März 2020, sind wir hier gestanden und haben das erste Sonderprogramm mit 10 Milliarden Euro verabschiedet. Für die SPD habe ich damals ausdrücklich von einem Vertrauensvorschuss gesprochen. Uns war klar, dass nicht alle Bereiche, die Sie damals genannt haben – Ausstattung, notwendige Maßnahmen im Allgemeinen, Wirtschaftsförderung, bayerischer Krankenhausrettungsschirm, andere Themen in untergeordnetem Maße – mit maximal 1 Milliarde Euro bei Steuermindereinnahmen millimetergenau absehbar sind. Einen Monat später aber ma-

chen Sie einen 2. Nachtragshaushalt und schreiben in das Gesetz nichts anderes hinein als "Ersetze 10 Milliarden Euro durch 20 Milliarden Euro". Nichts anderes! Alles andere, was zum Thema Vertrauensvorschuss versprochen wurde und dafür, dass er gerechtfertigt ist – nämlich dass das Parlament informiert wird, dass das Parlament über die einzelnen Themen diskutiert, dass das Parlament nachsteuern kann –, ist nicht passiert.

Herr Wirtschaftsminister Aiwanger hat uns einen Bericht geschickt, wie denn der Ablauf des Nothilfeprogramms ist. Da wäre es ehrlicher gewesen, Sie hätten uns gleich die Presseerklärung vom selben Tag geschickt. In dem Bericht stand kein Satz mehr. Darin stand nicht, wie die Probleme gelöst werden, die das Wirtschaftsministerium bei den Regierungen verursacht hat, weil die Programme nicht rechtzeitig zwischen Bund und Land abgestimmt waren und das neue Formular in elektronischer Form nicht mit den anderen abgesprochen war. Davon stand kein Millimeter drin. Das war die Presseerklärung, und nichts anderes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Zudem ist es zu wenig, wenn statt der 1 Milliarde Euro jetzt plötzlich mal 5 Milliarden Euro Steuermindereinnahmen verarbeitet werden. Natürlich müssen wir uns im Haushaltsausschuss und in diesem Hause darüber unterhalten, wie wir Steuermindereinnahmen verarbeiten. Aber da gibt es eben noch andere Wege. Da gibt es auch noch den Weg des Haushaltsgesetzes 2021/2022 und andere Möglichkeiten, im Haushalt stille Rücklagen zu heben. Wir hätten erwartet, dass darüber miteinander gesprochen wird und dass dazu die entsprechenden Berichte kommen. Passiert ist nichts.

Deswegen sage ich für die SPD-Fraktion: Der Vertrauensvorschuss, den wir Ihnen beim ersten Mal gegeben haben, ist aufgebraucht. Ich sage: An einzelnen Stellen ist der Bogen nicht nur zum Reißen gespannt, sondern er ist bereits überspannt. Deswegen wird es vonseiten der SPD-Fraktion, wenn sich Ihr Verhalten und der Umgang mit-

einander in dieser Woche nicht entscheidend ändern, keinen zweiten Freifahrtschein und keine Zustimmung zu diesem Nachtragshaushalt geben können.

(Beifall bei der SPD)

Dabei geht es nicht darum, irgendwelche Programme zu torpedieren. Nein, es geht darum, dass wir darum ringen wollen, die besten Lösungen für die Menschen und Unternehmen in Bayern zu finden. Wir erwarten nicht nur warme Worte des Herrn Ministerpräsidenten und ein werbendes "Na ja, lassen Sie uns doch noch einmal miteinander schauen". Wir erwarten, dass die Dinge klar und eindeutig im Haushaltsgesetz und im Haushaltsplan im Kapitel 13 19 verankert werden. Wir erwarten klare Zusagen. Wir erwarten belastbare Zusagen, und wir erwarten eine Auseinandersetzung mit den einzelnen Vorschlägen, die auch und insbesondere die SPD mit ihren Anträgen gemacht hat.

Wir erwarten natürlich nicht, dass alles eins zu eins umgesetzt wird. Wir erwarten nicht, dass Sie jedem einzelnen Vorschlag der SPD zustimmen. Aber ich erwarte, dass wir uns ernsthaft mit den Themen auseinandersetzen, wie etwa mit dem Thema "Ausgleichsmittel für den Ersatz von Kita-Gebühren".

Heute wurde angekündigt, dass es drei Monate lang einen Ersatz geben wird. Ja, das ist gut. Das ist eine Forderung, die unsere zuständige Sprecherin Doris Rauscher am 8. April in einem Schreiben an den Minister erhoben hat. Das ist im Übrigen auch eine Forderung, die ich für die SPD in Augsburg mit zwei Kolleginnen und Kollegen Ihnen, dem Herrn Ministerpräsidenten, bereits am 20. März geschickt habe. Die Antwort ist bis heute null.

Also lassen Sie uns über diesen Antrag und die Umsetzung reden: Was bedeutet das denn genau? Welche Beträge werden gezahlt? Ist es ein Durchschnittsbetrag, oder ist es der Betrag, der bei der kommunalen Kita anfällt? Ist es auch ein Luxusbetrag einer Spezial-Kita? – Lassen Sie uns darüber reden.

Lassen Sie uns über das Sonderprogramm "Soziales", das wir fordern, im Detail sprechen – für die Unterstützung sozialer Einrichtungen, gemeinnütziger Organisationen, von Vereinen und Sozialverbänden. Lassen Sie uns verbindliche Festlegungen in diesem Haushalt machen.

Lassen Sie uns über den Nothilfeplan für Kommunen, den kommunalen Schutzschirm, reden. Ein flockiges "Ja, so circa 1 Milliarde Euro, und wir werden großzügig Kassenkredite ermöglichen" ist uns zu wenig. Verbindliche, tragfähige Aussagen sind notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns über ein Programm "Sicheres Wohnen in Bayern" sprechen – in Absprache mit dem Bund für in finanzielle Schwierigkeiten geratene Mieter. Dies kann in der Folge aber auch für Vermieterinnen und Vermieter wichtig werden, die vielleicht wirklich auf Kante genäht haben und die auf die einzelne Einnahme angewiesen sind und die eben nicht drei Monate Stundungen hinnehmen können. Dazu gibt es einen Antrag. Darüber wollen wir sprechen.

Wir wollen auch über die Themen Kultur-Sofortprogramm und digitale Hochschule reden. Was müssen wir machen, wo doch so viel darüber gesprochen wird, dass wir jetzt alles digital machen? – Heute beginnt das Semester. Brauchen wir denn nicht Sofortausgaben, die über den heutigen Haushalt ermöglicht werden? – Gleiches gilt für das Sofortprogramm Sport und für andere Positionen, die wir vorgeschlagen haben.

Ich sage Ihnen eindeutig und klar: Nur wenn in dieser Woche mehr hinsichtlich Transparenz, verbindlicher Festlegungen, Mitsprache des Parlaments und Aufnahme von Ideen aus anderen Parteien und von Anträgen der SPD passieren wird, kann es eine Zustimmung zu diesem Programm geben. Ansonsten wird die SPD dieser Politik, die Sie hier machen – einer Ausgrenzung des Parlaments,



**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit!

**Harald Güller (SPD):** einer zu geringen Beteiligung –, nicht zustimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Heute ist ein ganz besonderer Tag. – Genau so hatte ich damals am 19.03. meine Rede angefangen und hatte mich vor allem sowohl auf die haushaltspolitischen Beschlüsse bezogen, die wir damals vorgelegt bekommen haben, die die massive Neuverschuldung um 10 Milliarden Euro für den Sonderfonds Corona-Pandemie beinhaltet haben, als auch auf meine Aussage, dass die künftigen Landeshaushalte sich in nicht bekannter Weise verändern werden.

Wenige Tage später, am 24.03., also nicht einmal fünf Tage später, gibt es dann die Meldung, dass das Kabinett einen Entwurf für den zweiten Nachtrag zum Haushalt beschlossen hat, um den Sonderfonds Corona-Pandemie um weitere 10 Milliarden Euro aufzustocken. Dieser Gesetzentwurf liegt uns heute vor.

Schauen wir einmal an, was im Einzelnen tatsächlich passiert ist. Zu den ersten 10 Milliarden Euro gab es eine sehr intensive und sehr sachliche Diskussion im Haushaltsausschuss. Der Finanzminister hatte sich dafür ausreichend Zeit genommen. Vielen Dank dafür! – In dieser Diskussion war parteiunabhängig immer wieder angesprochen worden, dass der Haushaltsausschuss stets umgehend und detailliert darüber informiert werden muss, was mit den 10 Milliarden Euro geplant ist bzw. was mit ihnen tatsächlich geschieht.

Leider fand sich nur eine sehr abgespeckte Version im tatsächlich beschlossenen Nachtragshaushalt. Da hieß es dann nur noch: "Der Ausschuss [...] ist durch die mit der Bewirtschaftungsbefugnis betrauten Ressorts über die Einrichtung von außerplanmäßigen Ausgabeermächtigungen [...] zu unterrichten." Also hat man es schon einmal delegiert auf die entsprechenden Ressorts.

Trotzdem hatten alle Fraktionen dem Nachtragshaushalt im Plenum zugestimmt, weil wir uns unserer Verantwortung in der Krise bewusst waren und weil wir – das hat der Kollege Güller ganz richtig gesagt – auf die im Haushaltsausschuss gemachten Aussagen auch vertraut haben.

Was ist seitdem geschehen? – Aktuelle Informationen über Maßnahmen habe ich praktisch ausschließlich aus Pressekonferenzen bekommen; hin und wieder war auch mal eine Zahl dabei. Nachfragen mehrerer Fraktionen im Haushaltsausschuss wurden bisher nicht beantwortet. Tatsächlich muss ich mich jetzt korrigieren: Heute Morgen während der Regierungserklärung habe ich eine Mail bekommen, in der Antworten standen. Wobei ich sagen muss: Die Antworten darin habe ich inzwischen auch aus der Presse bekommen. Ich hätte erwartet, dass ich sie zeitgleich wie oder vielleicht sogar noch früher als die Presse bekomme.

Auf nochmaliges Insistieren erhielten wir dann eine Tabelle. Was war in der Tabelle? – Sie enthielt drei große Zahlen: Beschaffung Material 1,5 Milliarden, Material zusätzliches Personal 440 Millionen, Bonus im Gesundheits- und Pflegebereich 122 Millionen. – Zahlen, die wir alle schon aus der Presse kannten. Dazu gab es in der Tabelle noch zwei Größen: 5 Milliarden Steuermindereinnahmen und bis zu 4,99 Milliarden Soforthilfe Corona. Das war's! Mehr haben wir nicht bekommen.

Vom Gesundheitsministerium haben wir vor zwei, drei Tagen noch ein Schreiben erhalten; darin ging es um die kostenfreie Verpflegung. Es war immerhin die erste detaillierte Aufstellung, die wir bekommen haben. Auch wenn wir das schon lange aus der Presse kannten, aber immerhin.

Aus dem Wirtschaftsministerium haben wir viele Tage verspätet ein Schreiben erhalten, das Informationen enthielt, die weniger waren als das, was man in der Pressekonferenz erfahren hat.

Heute Morgen in der Regierungserklärung habe ich immerhin gelernt, dass man schon 700 Millionen aus diesem Topf zur Zahlung angewiesen hat – eine Zahl, die mir bisher nicht geläufig war.

Also, die Fragen drängen sich wirklich auf: Warum enthält man uns diese Informationen vor? Gibt es dafür irgendwelche PR-Gründe? Oder haben vielleicht die Ministerien selbst keinen Plan, wofür sie das Geld ausgeben wollen? – Jetzt will die Regierung weitere 10 Milliarden. Da heißt es in der Begründung, ohne ein Nachsteuern wäre der mit dem Nachtragshaushalt neu geschaffene Sonderfonds bereits vollständig aufgezehrt. – Könnte mir bitte mal jemand erklären, wie der genau aufgezehrt ist! Im Detail hat mir das noch keiner erklärt, bis auf die Zahlen, die ich vorhin vorgetragen habe.

Warum erhalten wir die Info, dass dieser Topf aufgezehrt ist, eigentlich so verspätet? Warum erhalten wir sie nicht gleich? Auch das war meine Erwartungshaltung aus dem Haushaltsausschuss, dass ich die Informationen immer sofort bekomme.

Mich interessiert nicht, ob die Ressorts einzeln berichten. Ich habe als Abgeordneter, insbesondere in der Opposition und gerade im Haushaltsausschuss, das Recht auf Information durch die Regierung. Wie Sie die Zuständigkeiten innerhalb der Regierung organisieren, ist mir an der Stelle eigentlich egal. Ich will die Informationen. Wenn ein Ressort später informiert, dann klärt das bitte innerhalb der Regierung. Als Parlamentarier, gerade in der Opposition, habe ich einen Auftrag: Ich muss die Regierung kontrollieren. Dazu muss ich wissen, wofür welche Gelder ausgegeben werden bzw. wofür sie geplant sind. Ich muss die Maßnahmen kennen, um beurteilen zu können, ob die Maßnahmen effektiv und zielführend sind. Ganz speziell aus Sicht der FDP-Fraktion will ich natürlich wissen, wo tatsächlich ein Marktversagen vorliegt, sodass eingegriffen werden muss.

Jetzt sollen wir auf die gleiche Weise wie vor einigen Wochen weitere 10 Milliarden Euro genehmigen? Seien Sie mal ehrlich, als Parlamentarier, der seine Kontrollaufgabe ernst nimmt, kann man das doch wirklich nicht machen. Die Praxis hat gezeigt, wie wenig der Haushaltsausschuss tatsächlich informiert wurde.

Ich finde, dass wir als Abgeordnete eines unserer wichtigsten Rechte beraubt wurden. Der Vertrauensvorschuss, den wir der Regierung gegeben haben, wurde missbraucht. Herr Füracker, ich muss wiederholen: Ich bin tatsächlich enttäuscht, wenngleich ich fachlich sehr viel von Ihnen halte, aber da hätte ich mir wirklich mehr Information erwartet.

In diesem Sinne erkläre ich noch mal: Die FDP-Fraktion wird sich bei allen Maßnahmen, die im Rahmen der Corona-Krise erforderlich sind, konstruktiv einbringen, auch eigene Vorschläge einbringen. Wir lassen uns keine Denkverbote auferlegen; das ist heute Morgen schon diskutiert worden. Wir lassen uns unsere ureigensten Rechte nicht wegnehmen: Das sind das Informationsrecht und das Haushaltsrecht.

Unser Vorschuss an Vertrauen ist wirklich komplett verspielt. Ohne umfassendes Informationsrecht und ohne definierte Mitspracherechte werden wir den weiteren 10 Milliarden Euro deshalb nicht zustimmen, auch wenn mir das angesichts der Krise sehr, sehr schwerfallen würde.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk. – Bitte schön, Sie haben drei Minuten.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die künstliche Sonderkonjunktur auf Basis der EZB-Nullzinspolitik durch eine Corona-Pandemie beendet werden würde, war natürlich nicht vorhersehbar, dass die unvernünftige Geld- und Fiskalpolitik in naher Zukunft an Grenzen stoßen würde, jedoch schon.

Mir ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Politik aus den Fehlern der Vergangenheit leider wenig lernt und man erneut auch diejenigen fördern will, die keine Förderung benötigen. Dass man jetzt mit Liquiditätshilfen, Zuschüssen und Krediten versucht, Unternehmensinsolvenzen zu verhindern, ist in Ordnung. Allerdings sollte dies nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen, und schon gar nicht so, dass man sogenannte Zombie-Unternehmen finanziert, die in den letzten Jahren nur durch das Perpetuieren von quasi zinslosen Darlehen überleben konnten.

Umgekehrt werden, relativ gesehen, diejenigen bestraft, die in den vergangenen Boom-Jahren Reserven aufgebaut haben. Kurzarbeitergeld und Liquiditätshilfen, um Insolvenzen solider Unternehmen zu verhindern, sind kurzfristig notwendig und richtig. Der Haken dran: Was die Wirtschaft aber noch viel dringender braucht, ist ein Ende des Shutdowns, der mittlerweile bizarre Züge angenommen hat. Machen Sie statt Wirtschaftsförderung mit der Gießkanne lieber ernst mit Bürokratieabbau, und senken Sie die Abgabenlast für alle, insbesondere aber für kleine und mittelgroße Unternehmen. Anfangen könnten Sie beispielsweise mit einer signifikanten Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, von der alle profitieren würden, Selbstständige und Arbeitnehmer gleichermaßen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nun hat der Abgeordnete Michael Hofmann von der CSU-Fraktion das Wort.

**Michael Hofmann (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es schon öfter gehört: Die Krise ist ein Charaktertest. Was macht sie denn zu einem Charaktertest? – In der Regel, dass viel auf dem Spiel steht. Wenn nichts auf dem Spiel steht, wird der Charakter nicht geprüft. Wenn viel auf dem Spiel steht, bedeutet das auch, dass man Ängste überwinden muss und man aus alten, antrainierten Mustern ausbrechen muss. Ein "Das-haben-wir-schon-immer-so-gemacht" wird in der Krise nicht helfen, sonst wäre es keine Krise. Deswegen müssen wir uns

gut überlegen, wie wir mit diesen Situationen, die wir so nicht kannten, umgehen. Das verlangt Opferbereitschaft, auch hier im Parlament. Opferbereitschaft bedeutet, sich mal auf etwas zurückzuziehen, worauf man grundsätzlich einen hehren Anspruch hat.

Ich sage ganz klar: So wie wir zur Opferbereitschaft gebraucht werden, gibt es noch ganz andere in diesem Land, die sich sogar aufopfern: die Ärztinnen und Ärzte und das Pflegepersonal, die sich mehr denn je Gesundheitsrisiken aussetzen. Das ist wahre Aufopferungsbereitschaft. Vor dem Hintergrund scheint es ziemlich leicht zu sein, was wir hier diskutieren. Ist das so wichtig? Oder findet die eigentliche Arbeit in der Krise nicht eher draußen in den Kliniken statt? – Ich sage Ihnen: Selbstverständlich ist es wichtig, was wir hier machen. Wir haben einen unglaublichen Stresstest für die Demokratie. Demokratie muss beweisen, dass sie funktioniert, auch in Lagen, die wir so nicht gewohnt sind. Ich glaube, dass wir alle hier in diesem Haus das bisher ganz gut hinbekommen haben. Ich weiß auch, dass der Ministerpräsident dafür sehr dankbar ist. Er hat das heute mehr denn je deutlich gemacht.

Wie wir sehen, kommt aber nach diesen vier bis sechs Wochen, die wir so bisher nicht gekannt haben, nicht jeder damit zurecht, nicht mehr so im Blickpunkt der Öffentlichkeit zu stehen, wie das früher möglicherweise der Fall war. Anders kann ich mir das nicht erklären.

Lieber Herr Kollege Kaltenhauser und lieber Herr Kollege Güller, in Zeiten von Krisen und in einem neuen Kommunikationszeitalter werden wir als Parlament in irgendeiner Form damit zurechtkommen müssen, wenigstens für einen überschaubaren Zeitraum, zeitgleich mit der Bevölkerung informiert zu werden. Daran ist auch gar nichts Schlechtes; denn in Zeiten der Krise ist es unabdingbar, dass auch die Bevölkerung mitgenommen wird.

(Widerspruch)

Nein, ich habe schon den Eindruck, dass hier bei Ihnen mehr die Eitelkeiten durchbrechen als der Wille zur Zusammenarbeit. Das ist schon ein Problem, mit dem wir hier

zu kämpfen haben. Das ist eigentlich schade; denn ich glaube, dass die Bevölkerung bisher in dem Zusammenhang auch ein großes Vertrauen hat. Bei dem Vertrauensvorschuss, von dem Sie gesagt haben, dass er jetzt aufgebraucht ist, weiß ich nicht, ob er voller Überzeugung gegeben wurde oder ob Sie sich am Anfang nur nicht getraut haben zu widersprechen. Sei es, wie es mag. Ich stehe schon auch dazu, dass ein Parlament Kontrollrechte hat. Wir brauchen sie auch.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist selbstverständlich!)

Lieber Herr Kollege Halbleib, das hat etwas mit Selbstverständlichkeit zu tun. Das hat aber auch etwas damit zu tun, dass in diesen letzten vier bis sechs Wochen sämtliche Handlungs- und Arbeitsweisen, wie wir sie kannten, sowohl hier im Parlament als auch draußen in der Bevölkerung, komplett neu aufgestellt worden sind.

Die Regierung hat diese Krise bisher sehr gut gemeistert. Dass sie sich zuerst einmal darauf konzentriert hat, die wesentlichen Probleme zu lösen, die draußen bestehen, und sich erst dann damit beschäftigt hat, wie wir die Kommunikation vorantreiben, hat meine Unterstützung.

Ich sage allerdings auch: Diese vier bis sechs Wochen sollten jetzt ausgereicht haben. Jetzt geht es darum, hier mitzuarbeiten und auch die entsprechenden Kontrollrechte wahrzunehmen. Kontrollrechte, wie wir sie bisher gehabt haben, reichen möglicherweise auch nicht aus. Ich will ganz bewusst auf den BayernFonds eingehen, der heute im Laufe der weiteren Plenarsitzung besprochen wird.

Ich danke unserem Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer, der in dem Zusammenhang auch hinter den Kulissen die Rechte des Parlaments massiv vertreten hat. Loyalität der Regierungsfraktion ist wichtig. Aber es gehört auch dazu, die Wahrung der Parlamentsrechte sicherzustellen.

Wir werden, was das BayernFonds-Gesetz angeht, auch Änderungsanträge einbringen, und wir würden uns freuen, wenn Sie sich anschließen würden. Es ist wichtig,

dass wir als Parlament miteinander die Kontrolle ausüben. Wir werden diese Maßnahmen auch schaffen.

Ich verstehe auch, dass man bei der Regierung zunächst einmal andere Dinge in den Fokus gerückt hat. Deswegen, sehr geehrte Damen und Herren, wird diese Opferbereitschaft, die bisher gezeigt worden ist, jetzt dazu nötig sein, dass wir uns insgesamt im Detail damit beschäftigen, wie die Situation abgelaufen ist, wie die Hilfen gewährt worden sind.

Wir haben jetzt einen weiteren Nachtrag in Höhe von 10 Milliarden Euro. Wer dem Finanzminister zugehört hat, kann allein aufgrund der prognostizierten Zahlen feststellen, dass diese 10 Milliarden Euro nicht ausreichen werden. Kollegin Köhler hat vorhin nicht erklärt, was wir alles an Maßnahmen nicht machen sollen, sondern sie hat berechtigterweise eine Liste von vielen Dingen aufgezählt, die ebenfalls finanziert werden müssen. Deshalb muss ich ganz ehrlich sagen, es braucht doch niemand aus der Opposition zu sagen, dass die weiteren 10 Milliarden Euro nicht notwendig wären. Selbstverständlich sind sie notwendig. Im einzelnen Detail wird man sich auch noch darüber unterhalten müssen. Daran geht überhaupt nichts vorbei.

Sie haben die Möglichkeit mitzuarbeiten. Die Möglichkeit besteht im Rahmen des Parlaments selbstverständlich. Dass Sie in den letzten vier bis sechs Wochen nicht so zum Zuge gekommen sind, wie dies in normalen Zeiten der Fall ist, dafür sollte man in dem Zusammenhang auch Verständnis aufbringen.

Ich habe den Eindruck, die Bevölkerung draußen hat dafür Verständnis. Es geht hier nicht um Eitelkeiten; es geht nicht darum, wer wann wie als Erstes informiert wird, sondern es muss darum gehen, dass wir möglichst miteinander dieses Schiff durch diese Zeit steuern. Deswegen sollte man nicht traurig oder beleidigt sein, wenn man zeitgleich mit der Bevölkerung informiert wird.

(Beifall bei der CSU)



**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter Hofmann, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Harald Güller von der SPD. Herr Güller, bitte.

**Harald Güller (SPD):** Kolleginnen und Kollegen, es geht hier doch nicht um Opferbereitschaft. Es geht doch schlicht darum, dass wir als Abgeordnete unseren Job machen, dass wir unsere verfassungsmäßige Aufgabe wahrnehmen. Das ist einmal die Kontrolle. Die Kontrolle hätte stattfinden können, wenn die Informationen gekommen wären. Das hat nichts damit zu tun, dass die Kommunikationswege nicht funktionieren. Dieser Landtag ist arbeitsfähig, dieser Landtag ist, zumindest was uns betrifft, auch arbeitswillig. Nur muss man auch die Informationen geliefert bekommen.

Zweitens. Herr Ministerpräsident, gerade in Zeiten einer Krise gut zu führen, heißt nicht nur, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen, sondern das heißt auch, Entscheidungen zu diskutieren, andere Ideen aufzunehmen und sich zusammen mit dem Parlament das Beste herauszusuchen und umzusetzen.

All dies ist in den vergangenen vier Wochen nicht passiert, und zwar nicht, weil die Opposition – ob das jetzt die SPD oder die GRÜNEN waren – nicht ständig nachgefragt, ständig Briefe geschrieben und Ideen eingebracht hat, sondern weil Sie, die Staatsregierung, nicht willens waren, hier drinnen erstens zu arbeiten und zweitens uns zu beteiligen. Kolleginnen und Kollegen, das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD)

**Michael Hofmann (CSU):** Lieber Kollege Güller, das ist schlicht und ergreifend ein Missverstehen der tatsächlichen Problemlage, die wir hier haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Denn man muss doch mal ehrlich sagen: Genauso, wie Sie Briefe geschrieben haben, genauso, wie Sie Ideen und Überlegungen eingebracht haben, haben das auch alle anderen in diesem Parlament. Der entscheidende Punkt ist doch nur: Wir haben noch

genügend Zeit, diese Punkte anzubringen. Nichts muss in den ersten vier bis sechs Wochen erledigt sein.

Der entscheidende Punkt ist folgender: In einer Krise ist es unabdingbar notwendig, die Bevölkerung so mitzunehmen, dass sie nicht in Panik verfällt. Das hat doch eindeutig funktioniert. Die Menschen waren diszipliniert. Die Menschen waren bereit, diesen Weg zu gehen, der sehr schwierig war, unter Aufgabe von Grundrechten für bestimmte Zeit, was in jeder normalen Zeit einen Sturm der Entrüstung auslösen würde. Das hat dazu geführt, dass die Bevölkerung ganz eng beieinander steht.

Ich muss jetzt mal ganz ehrlich sagen: Was den Vertrauensvorschuss für den Ministerpräsidenten betrifft, der bei Ihnen schon aufgebraucht ist, sieht das die Bevölkerung völlig anders: Sie sieht ihn nach wie vor in der Situation, dass sie sich gerne von ihm führen lässt.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit!

**Michael Hofmann (CSU):** Dass Sie sich nicht von ihm führen lassen, mag daran liegen, dass Sie da drüben auf der Seite der Opposition sitzen. Aber die Bevölkerung sieht das anders.

(Widerspruch bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Michael Hofmann (CSU):** Der Vertrauensvorschuss, den Sie so schnell als aufgebraucht ansehen, ist bei der Bevölkerung noch vorhanden.

(Widerspruch bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat nun der Finanzminister Albert Füracker.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich von meiner Redezeit nur fünf Minuten genutzt hatte, habe ich jetzt noch 15. Das ist manchmal ganz gut, auch wenn Sie jetzt gleich wieder sagen: Oh!

Das ist auch Ihr gutes Recht. Ich habe Ihnen jedenfalls sehr aufmerksam zugehört. Ich bin ein sehr toleranter Mensch, was Argumente anbelangt und auch, was Vorgehensweisen anbelangt. Aber eines lasse ich mir nicht gefallen: Dass hier gesagt wird, der Vertrauensvorschuss wäre missbraucht worden, es wäre nicht informiert worden und wir wären nicht zum Gespräch bereit gewesen.

Ich kann nämlich beweisen, dass das alles nicht stimmt. Wir haben 14 Tage nach der Verabschiedung im Landtag, kurz vor Ostern, fast eineinhalb Stunden lang eine Videokonferenz mit den Oppositionsmitgliedern des Haushaltsausschusses gehabt, die das gewünscht hatten. Die hatten sich bei mir gemeldet, und ich habe gesagt: Wenn es Fragen gibt, machen wir eine Videokonferenz. Dabei habe ich alle Fragen beantwortet, die gestellt wurden. Hinterher habe ich gefragt, ob noch Fragen zu stellen sind. Es gab keine Fragen mehr. Am Tag darauf habe ich Fragenkataloge der Opposition überwiesen bekommen zu genau dem, was wir besprochen hatten, mit praktisch den gleichen Fragen.

Herr Dr. Kaltenhauser, die Fragen wurden dann halt beantwortet. Ich habe damals bei der Videokonferenz gesagt, dass es über Ostern kompliziert wird. Mein Haus hat die letzten Wochen jedes Wochenende gearbeitet. Wir kommen jetzt noch zum Bayern-Fonds und den ganzen Sachen. Wir haben alle Fragen noch einmal schriftlich beantwortet, die ich Ihnen schon mündlich beantwortet hatte.

Ich weiß nicht, wie viele Finanzminister schon mit der Opposition so lange Videokonferenzen gemacht haben, wie ich das tue. Deswegen sage ich Ihnen: Wenn man hier der Öffentlichkeit erzählt, der Finanzminister wäre nicht gesprächsbereit und missbrauche Vertrauen, wenn man solche Dinge in die Welt setzt, dann sage ich Ihnen: Ich

habe Ihnen nicht umsonst gesagt, dass ich im Maschinenraum der Krisenbewältigung sitze. Da gibt es auch noch andere Themen, als den ganzen Tag nur zu überlegen, wer wann was innerhalb des Zeitraums nach der Beschlussfassung berichten muss.

Im Haushaltsausschuss wurde vereinbart, dass dann, wenn die Ressorts ihre Gelder verausgaben, wenn entschieden ist, wofür das Geld verwendet wird, an den Haushaltsausschuss berichtet wird. Ich habe für mein Ressort stets berichtet, was ich zu berichten hatte. Sie haben gerade gesagt, dass dies vier Wochen her ist, Skandal! – Haben Sie zugehört, was ich gesagt habe? – Ich habe gesagt, dass ich nicht weiß, ob das Geld länger als 14 Tage reicht. Das habe ich vor vier Wochen gesagt. Hätte ich vor vier Wochen gesagt, dass ich 20 Milliarden Euro brauche, hätte ich euch hören wollen. Daher habe ich gesagt: Nehmen wir erst einmal 10 Milliarden, dann schauen wir weiter.

Jedes Argument wird so verwendet, wie man gerade möchte. Jetzt sind vier Wochen vergangen. Ich sage nicht, dass nur alle vier Wochen berichtet werden muss. Ich sage aber schon: In Krisenbewältigungszeiten fragen uns die Menschen draußen nicht in erster Linie, ob wir in vier Wochen achtmal oder neunmal berichtet haben. Die Gespräche, die ich jeden Tag mit Unternehmen, mit Verbänden, mit Banken führe, betreffen ganz andere Herausforderungen. Sie betreffen Krisenbewältigung und Krisenmanagement. Dabei wird mir nicht unterstellt, wir würden Vertrauensvorschüsse missbräuchlich ausnutzen. Meine Damen und Herren, gehen wir doch bitte etwas vernünftig miteinander um, gerade in der Krise.

(Beifall bei der CSU)

Die Gestaltung dieses Nachtragshaushalts war aufgrund der Krise von Anfang an anders angelegt – Harald, das weißt doch auch du. Normalerweise wird ein Haushalt mit verschiedenen Haushaltstiteln versehen. Ich bin auch nicht verpflichtet, dem Haushaltsausschuss das ganze Jahr über über jeden Haushaltstitel alle 14 Tage zu berich-

ten, sondern die Mittel, die im Haushalt vorgesehen sind, kann ich grundsätzlich verwenden. Das gilt auch für die Ressorts.

Wir hatten in der Krise keine Möglichkeit, den Haushaltstitel 13 19 noch groß aufzusprengeln. Es gab eben den Haushaltstitel 13 19 mit den entsprechenden Zuweisungen an die Ressorts. Ja, Hubert Aiwanger hat etwas bekommen, nämlich aufgrund des großen Wunsches auch dieses Hauses, möglichst rasch Soforthilfen an Unternehmer geben zu können. Offensichtlich hat er nicht den Brief geschrieben, den sich die Opposition vorgestellt hätte. Hubert, schreib gefälligst, wie sich das gehört, wofür die 5 Milliarden Euro sind.

Das Gesundheitsministerium hat nach Kabinettsbeschluss einen Titel zugewiesen bekommen. Im Übrigen hat das nicht alles das Finanzministerium oder das Gesundheitsministerium gemacht, sondern der Krisenstab hat entschieden, wofür das Geld verwendet wird. Das kann alles mitgeteilt werden. Ich kann nicht erkennen, dass aufgrund dessen, dass einmal vier Wochen lang nicht mitgeteilt wurde, wofür genau das Geld verwendet wurde, automatisch folgt, dass das Geld missbräuchlich verwendet wurde.

Meine Damen und Herren, ich verstehe nicht, wo hier ein Misstrauensbeweis sein soll. Es wurde gesagt, der Finanzminister würde seinen Pflichten nicht nachkommen. Ich kann Ihnen sehr gut belegen, dass ich meinen Pflichten in all diesen Fragen sehr wohl nachkomme und im Haushaltsausschuss stets, auch in der letzten Sitzung, eindringlich gesagt habe, dass ich jederzeit für Gespräche zur Verfügung stehe. Geradezu grotesk ist es, davon zu sprechen, man hätte keine Holschuld. – Das stimmt. Niemand hat eine Holschuld. Man hat aber ein Holrecht. Man braucht sich nämlich nicht erst nach vier Wochen zu beschweren, wenn man vom jeweiligen Ressort keine Mitteilung erhält, sondern man kann sich schon nach acht Tagen beschweren. Man kann auch Landtagsanfragen schreiben, obwohl der Finanzminister schon alles erklärt hat, um hinterher zu sagen, dass es zu lange gedauert hat, bis sie beantwortet wurden.

Ich bitte, miteinander gut umzugehen. Wir haben die 10 Milliarden Euro genommen und haben den Ressorts die Mittel zugewiesen, die zur Krisenbewältigung zunächst notwendig waren. Die Details dieser Zuweisung, was gekauft wurde, was angeschafft wurde, kennen die Ressorts am besten. Natürlich gibt es eine Rückkopplung. Ich kann aber nicht heute etwas zuweisen, innerhalb von acht Tagen eine Rückkopplung verbuchen und dann der Opposition melden. Das ist einfach nicht leistbar. Es ist auch innerhalb von vier Wochen nicht leistbar, all das in jedem letzten Detail der Krisenbewältigung verästelt darzustellen. Das heißt aber nicht, dass man das nicht tun möchte.

Ich kann deswegen nur sagen: Bei den zweiten 10 Milliarden Euro haben wir wieder den gleichen Plan, nämlich eine grundsätzliche Ermächtigung, das Geld als Kredit aufzunehmen und mit ihm Krisenbewältigungsmaßnahmen über Kapitel 13 19 zu bezahlen, selbstverständlich mit Pflicht zum Bericht an den Haushaltsausschuss. Wenn die Berichte zu lange auf sich warten lassen, war es noch nie ein Problem, anzurufen und nach dem Bericht zu fragen. Sie stellen sich aber hier her und verwenden dies als Beweis des Misstrauens. Wenn ich auch so polemisch wäre, würde ich sagen: Wer diesen Haushalt am Freitag ablehnt, braucht morgen gar keine Änderungsanträge zu stellen. Es ist schon skurril, einen Änderungsantrag zu stellen, der 1,3 Milliarden Euro für die Kommunen vorsieht, und gleichzeitig zu sagen, dass man den Haushalt eh ablehnen will, weil man dem Finanzminister misstraut.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn wir so weitermachen, wird es kompliziert. Ich gehöre jedenfalls zu denen, die vor allen Dingen mithelfen wollen, dass das Geld draußen bei den Menschen ankommt. Das ist nicht die Stunde des Finanzministers.

Heute kam von der AfD der Beitrag, ich solle eine zehnpromtente Haushaltssperre einrichten. Ich werde überall erzählen, dass dies euer Vorschlag ist. Die einen beantragen eine Milliarde Euro mehr für die Kommunen, die anderen eine zehnpromtente Haushaltssperre. Wenn ich zehn Prozent des Haushalts sperre, beläuft sich der kommunale Finanzausgleich nur noch auf 9 Milliarden Euro. Das hat doch keinen Sinn.

Ich bleibe in aller Sachlichkeit beim bisherigen Weg. Wenn Defizite erkannt wurden, werde ich seitens des Finanzministeriums den Ministerien noch einmal mitteilen, dass gegenüber dem Haushaltsausschuss regelmäßig im Detail Rechenschaft abzulegen ist. Wenn drei Wochen oder 14 Tage, wie wir es gemacht hatten, zu lange sind – nach 14 Tagen war ja eine Telefonschalte oder eine Videoschalte –, muss eben alle acht Tage berichtet werden. Davon geht meine Welt nicht unter. Wir müssen uns aber schon überlegen, was wir hier sagen. Wenn hier der Eindruck vermittelt wird, dass der Haushalt abgelehnt wird, weil der Finanzminister nicht oft genug berichtet habe, werde ich den Leuten draußen erklären, dass ich diese und jene Hilfe nicht leisten kann, weil die Opposition nicht bereit war, einen Vertrauensvorschuss zu gewähren.

Noch etwas, Harald. Allen von der Opposition war es unbenommen, in den letzten vier Wochen einen Antrag im Haushaltsausschuss einzureichen, der bestimmte Ausgaben fordert. Wenn der Haushaltsausschuss vor 14 Tagen einen Beschluss gefasst hätte, mit dem vorgeschlagen wird, aus Kapitel 13 19 für eine bestimmte Maßnahme 500 Millionen Euro auszugeben, hätte sich auch das Parlament damit beschäftigen müssen. Ich habe nicht gehört, dass irgendein Gremium abgelehnt hätte, sich mit einem Antrag zu Kapitel 13 19 zu beschäftigen. Man kann heute hier nicht sagen, dass es nicht möglich gewesen wäre, sich an der Debatte darüber zu beteiligen, wie das Geld ausgegeben werden soll. Das ist einfach nicht richtig. Heute sind auch Änderungsanträge eingegangen. Ihr hättet vier Wochen lang Zeit gehabt. Vier Wochen lang hat kein Mensch einen Änderungsantrag gestellt; drei Wochen lang hat niemand nach einer Berichterstattung gefragt. Ich halte eine Videokonferenz, darf mir aber heute anhören, dass wir das Vertrauen missbrauchen.

Meine Damen und Herren, ich bitte wirklich, uns zuzuhören. Menschen schreiben mir, dass sie wegen ihres Gasthauses, wegen ihres Möbelhauses, wegen ihres Baumarktes, wegen ihrer Sorgen um die Gesundheit, wegen diesem und jenem betroffen sind. Diesen Menschen müssen wir Antworten geben können. Ich kann ihnen nicht antworten, dass ich den 2. Nachtragshaushalt deswegen nicht genehmigt bekommen habe,

weil ich erst nach drei Wochen und nicht schon nach 14 Tagen berichtet habe. Dafür wird niemand Verständnis haben.

Ich glaube daher, dass wir den Weg, den wir in den letzten Wochen gegangen sind, sehr gut weitergehen können. Ich jedenfalls habe überhaupt kein schlechtes Gewissen. Wir müssen daher schon darüber sprechen, wie wir in diesen Zeiten miteinander umgehen. Insofern gilt weiterhin wie bisher auch mein Angebot: maximale Transparenz, jederzeit Erscheinen im Haushaltsausschuss und ihm berichten. Ich werde meinen Kollegen in den Ressorts sagen, dass es aus Sicht der Opposition offensichtlich Defizite gibt. Berichte können gegeben werden. Wer den Haushalt trotzdem ablehnen will, muss auch verantworten, was dann nicht getan werden kann.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Herr Füracker. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben drei Interventionen. Die erste ist von Herrn Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser. Bitte schön, Herr Kaltenhauser.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Herr Staatsminister, zwei Punkte. Erstens. Sie hatten angemerkt, dass Sie unseren Fragenkatalog beantwortet haben. – Ja, vielen Dank. Tatsächlich haben wir den Fragenkatalog viele, viele Tage vorher geschickt. In der Videoschalte, für die ich mich ausdrücklich bedanke, hat sich herausgestellt, dass er bei Ihnen offenbar nicht angekommen ist. Wie es im Ministerium läuft, liegt nicht in meiner Verantwortung. Wir haben die Fragen im Haushaltsausschuss gestellt.

Zweitens. Sie sagen, dass keine Zeit vorhanden sei, einen Bericht zu schreiben. Das Minimum wäre schon – ich hatte meine Bemerkung vorher nicht ironisch gemeint –, dass ich die Informationen wenigstens gleichzeitig mit der Presse bekomme. Wenn ich aber teilweise Informationen erst Wochen später erhalte und es sich um Informationen handelt, die schon in der Presse standen, hat sich das erübrigt. Ob Sie es auf sich nehmen, dass die Ressorts nicht rechtzeitig antworten, oder ob Sie die Verantwortung dafür an die Ressorts weitergeben, ist mir eigentlich egal. Ich will die Informationen



einfach nur so zeitnah wie möglich erhalten. Wenn ein Ressort an die Presse gehen und etwas verkünden kann, kann man mir das auch schicken; dann habe ich es wenigstens zeitgleich. Das ist das Minimum.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Sie haben zu mir gerade gesagt, ich hätte meinen Vertrauensvorschuss missbraucht. Dagegen habe ich mich gewehrt. Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, Herr Dr. Kaltenhauser. Als wir die Videokonferenz durchführten, lagen im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen keine Fragen vor. Das ist nicht meine Schuld. Die Fragen sind danach gekommen, und wir haben sie so schnell wie möglich beantwortet. Es waren auch nicht bloß drei Fragen, sondern darüber hinaus Fragen im Wesentlichen zu dem, was ich längst beantwortet hatte. Die Antworten dann verschriftlichen zu dürfen, erfordert halt ein wenig mehr Zeit, weil wir nebenbei noch andere Dinge machen.

Ich erledige das alles. Wenn ich aber das Angebot mache, im Haushaltsausschuss zu berichten, in einer Videoschleife die Opposition mit diesen Dingen zu befassen – ich weiß gar nicht, was ich eigentlich noch machen soll. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich für mich persönlich weiß nicht mehr, was ich noch tun könnte.

Sie sagten, Sie hätten eine Liste mit lauter großen Posten darauf bekommen. – Das sind die Posten, die den Ressorts zugewiesen wurden. Wenn man es genauer wissen will, dann kann das Ressort doch sagen, wie viele Rollen Maskenmaterial man gekauft hat. Ich bin nicht auch noch für den Kauf von Rollen Maskenmaterial zuständig. Das hat Hubert Aiwanger gemacht, und er muss dann halt genau erklären, wofür und für wen er etwas gekauft hat.

Setzt euch bitte mit den Fachressorts in Verbindung und werft nicht in der Öffentlichkeit dem Finanzminister vor, er hätte seinen Vertrauensvorschuss missbraucht. Das hat mich geärgert, Herr Dr. Kaltenhauser, und darum habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Kollege Zellmeier, Zwischenbemerkungen müssen während der Rede angemeldet werden und nicht danach; das haben wir jetzt neu in der Geschäftsordnung geregelt. – Die nächste Zwischenbemerkung hat die Kollegin Claudia Köhler, bitte.

**Claudia Köhler (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Füracker, Sie haben uns auch erwähnt.

(Staatsminister Albert Füracker: Sie mich auch!)

– Ich habe Sie auch erwähnt, und ich meine, ich habe keine Unwahrheiten gesagt. – Sie haben bezüglich der Schalte erwähnt, wir hätten dort unsere Fragen vorbringen können. Das haben wir getan, und wir hatten sie vorher auch in einem – wie hatten Sie es genannt? – Holrecht eingebracht.

Unsere wichtigste Frage zu dem Zeitpunkt war: Wie viel Mittel der ersten 10 Milliarden Euro sind nicht verplant, sondern wie viel sind bereits abgeflossen? Sie haben uns entgegnet, Sie könnten das eigentlich nicht sagen, weil das normalerweise zum Bereich des Wirtschaftsministers gehöre; diesen Bericht müsste man dort einfordern. – Das haben wir gemacht. Die Fragen, die übrigens nicht schon alle beantwortet waren, haben wir noch am selben Abend Ihnen und dem Wirtschaftsminister übersandt. Wir haben allerdings immer noch keine Antwort, und morgen beginnt die Ausschussberatung. Das möchte ich nur noch einmal klarstellen.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Meiner Kenntnis nach hat mein Haus heute zur Morgenstunde die schriftliche Beantwortung aller Fragen übersandt. Es würde mich jetzt wundern, Herr Neubauer – – Das müssten Sie heute erhalten haben.

Es war so, Frau Köhler: Ich habe darauf hingewiesen, wie wir das im Haushaltsausschuss vereinbart hatten, dass ich nur über die Zuweisungen an die Ressorts berichten kann und die Ressorts darüber berichten, wie sie das Geld verausgaben. Darauf habe ich in der Schalte hingewiesen.

Ich wusste das nicht von jedem Ressort. Ich wusste es nicht nur von Hubert Aiwanger nicht, sondern ich wusste auch beim Innenministerium nicht, wie viel Geld schon abgeflossen ist. Dort geht es zum Beispiel um gesetzliche Leistungen. Bei freiwilligen Leistungen könnte man noch sagen: Na ja, da kann man politisch darüber diskutieren. – Wir haben aber auch gesetzliche Leistungen, zum Beispiel beim Katastrophenschutz und all diesen Dingen. Da fließen täglich Gelder ab, und hier wird niemand – schon gleich nicht der Finanzminister – in der Lage sein, Ihnen auf Knopfdruck zu sagen, wie viel Geld genau jetzt schon draußen ist. Deswegen glaube ich, dass ein Berichtszeitraum von ein, zwei, drei oder selbst vier Wochen noch lange nicht darauf hindeutet, dass irgendjemand etwas verschleiern oder Vertrauen missbrauchen möchte.

Mir geht es darum, dass wir in der Zusammenarbeit in den letzten Wochen – und das waren wirklich herausfordernde Tage; jeder Tag ein Katastrophenstab und all die Bewältigung der Dinge, die aufgetreten sind – gut miteinander umgegangen sind. Ich habe zu niemandem gesagt, dass er die Unwahrheit behauptet, sondern ich habe mich nur dagegen gewehrt, was mir hier alles an den Kopf geworfen wurde.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Minister, denken Sie an Ihre Redezeit!

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Gerade als Finanzminister lege ich großen Wert auf die Versachlichung dieser Diskussion, wie die Mitglieder des Haushaltsausschusses eigentlich wissen müssten.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Zur dritten Zwischenbemerkung hat sich der fraktionslose Abgeordnete Swoboda gemeldet.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Sehr geehrter Herr Finanzminister Füracker, mir geht es nicht um Misstrauen. Ich hege auch überhaupt kein Misstrauen gegen Sie. Mir geht es jetzt aber vielleicht um Missbrauch. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen; denn Sie sind als Finanzminister auch der Überwacher der staatlichen Finanzverwaltung und der Staatsausgaben.

Im Landkreis Fürth gibt es eine Stulpennäherei. Diese Stulpennäherei musste Kurzarbeit anmelden, weil die Industrie darniederliegt; sie wird nicht mehr gebraucht. Sie schickt ihre Leute nach Hause, und dann ruft das Landratsamt Fürth an und fragt: Könnten Sie von Ihren Näherinnen anstatt Stulpen für die Industrie für uns Mundschutzmasken nähen lassen? – Die Antwort war: Ja, das könnte ich schon, das passt.

Die Firma hat vielleicht einen Auftrag gerochen, der – das hätte ich auch gedacht – über die Gelder, die wir hier beschließen und die Sie an die Landratsämter verteilen, dann an die örtliche Wirtschaft kommt. Aber nein, so etwas gab es nicht. Es gab die Bitte, man möge das im Betrieb von diesen Näherinnen, die eigentlich in Kurzarbeit sind, ehrenamtlich machen lassen.

Das mag ein Einzelfall sein, der aber in der "Bayerischen Staatszeitung" als vorbildlich stand. Als Finanzminister müssten Sie dazu doch eine Meinung haben. Könnte ich diese erfahren?

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Wenn ich alles, was in der Zeitung steht, sofort entweder als richtig oder als angewiesen oder auch skeptisch betrachten würde, hätte ich nichts anderes zu tun. Wenn Sie mir einen Brief schreiben mit dem Inhalt, Finanzminister, schauen Sie her, da ist was vorgefallen, ganz furchtbar, die nähen ehrenamtlich Masken oder was auch immer, dann bekommen Sie entweder von mir oder aus dem zuständigen Ressort eine qualifizierte Antwort.

Das ist jetzt auch wieder so etwas. Schauen Sie, Sie haben es damals gehört und gelesen, und jetzt, weil wir gerade im Landtag sind, hauen wir es einmal auf den Tisch. Sie hätten genauso, als Sie das gelesen und sich geärgert haben, dem Finanzminister ein paar Zeilen schreiben können, wie das sein kann. Sie haben aber zwei Wochen lang nichts gesagt und legen das jetzt in der Landtagsdebatte auf den Tisch. Also: Holschuld, Bringschuld – beiderseitig. Wir sollen die Krise miteinander bewältigen.

Ich kann sagen, dass mein Haus mit höchster Transparenz arbeitet, und ich glaube, dass das auch die anderen Häuser tun. Wenn in den letzten Wochen bei der Kommu-

nikation nicht alles so im Detail geklappt hat, wie man sich das vorstellt, kann man das jetzt nicht generell als Anlass für Misstrauen betrachten, sondern dann geloben wir eben alle Besserung und arbeiten so weiter, wie unsere Bevölkerung das von uns erwartet. Eine solche Diskussion erwartet sie nämlich ganz sicher nicht.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Der Gesetzentwurf ist gemäß § 148 der Geschäftsordnung dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Das ist so beschlossen.